

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 08.05.2025
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:32 Uhr
Ort, Raum:	Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Oberbürgermeister

CDU-Fraktion

Jürgen Auweiler	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Maximilian Doll	CDU
Laura Fox	CDU
Matthias Görgen	CDU
Kerstin Guckeisen	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Manfred Klein	CDU
Stephan Kremer	CDU
Markus Pitzius	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Joachim Schmitt	CDU
Therese Schmitt	CDU
Yvonne Schrader-Wolf	CDU
Esther Schwarz	CDU
Thorsten Stöckel	CDU
Carsten Weber	CDU

SPD-Fraktion

Philipp Brausch	SPD
-----------------	-----

Patrizia Büdinger	SPD
Ingo Fischer	SPD
Reiner Gangolf	SPD
Matthias Kautenburger	SPD
Alois Minninger	SPD
Caroline Ney	SPD
Arndt Oehm	SPD
Christoph Rehlinger	SPD
Thomas Scherer	SPD
Claudia Weiten	SPD
David Wusterhaus	SPD

AfD-Fraktion

Frank Jakobs	AfD
Frederik Mastel	AfD
Frank Melzer	AfD
Anita Tilk	AfD
Ute Willems	AfD

Fraktion B'90/Die Grünen

Hans-Henning Klees	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Eva Kops	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Lothar Wilhelm	Bündnis '90/DIE GRÜNEN

FWM-/FDP-Fraktion

Severin Adler	FDP
Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig
Andreas Reinert	FREIE WÄHLER Merzig
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig

Ortsvorsteher

Johannes Bies	CDU
Timo Heß	CDU

Verwaltung

Andreas Beul
Anna Bohlen
Carina Koster
Annette Reuter
Antonius Schaefer
Heiko Britz

Nicolas Calmes
Stephan Fandel
Ursula Kiefer
Stefanie Streit
Daniel Barth
Werner Gasper
Arno Jung
Christian Bies, Bürgermeister
Christian Wurzer

Abwesend

CDU-Fraktion

Philip Hoffmann	CDU	entschuldigt
Dirk Joris	CDU	entschuldigt
Simon Tinnes	CDU	entschuldigt

Gäste:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Strecke Merzig – Losheim am See 2025/0394-001
- 3 Bestellung der Mitglieder und deren Stellvertreter o. Stellvertreterinnen für den Integrationsbeirat 2025/0426
- 4 Evaluierung Hebesatz Grundsteuer B 2025/0429
- 5 Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile
Entscheidung über die zum Stichtag 31.03.2025 gemeldeten Projekte 2025/0434
- 6 GS Kreuzbergsschule – Ausbau der Freiwilligen Ganztagschule (FGTS); Aufnahme der Turnhalle in den Planungsumfang 2025/0437
- 7 Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2024 des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung 2025/0411
- 8 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Einwohnerfragestunde

Aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen. Es liegt eine schriftliche Anfrage von Herrn Temmes vor. Da diese den TOP 2 der Tagesordnung betrifft, wird sie gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Stadtrates nicht zugelassen.

2 **Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Strecke Merzig - Losheim am See** - **2025/0394-001** ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Das Umweltministerium habe die Kreisstadt Merzig aufgefordert mitzuteilen, ob eine Reaktivierung der Bahnstrecke befürwortet und das Projekt aktiv unterstützt werde. Dies sei eine wahrlich schwere Frage, mit der man sich in den letzten Wochen auch hier im Rathaus beschäftigt habe. Es habe im Januar eine Informationsveranstaltung in Losheim am See gegeben. Zudem gab es auch Informationsveranstaltungen in den Räumlichkeiten des Rathauses. Die Stadtverwaltung Merzig habe sich das Gutachten zur Reaktivierung mehrfach durchgelesen und einen entsprechenden Fragenkatalog diesbezüglich erstellt. Nachfolgend habe es eine Besprechung mit den Vertretern des Umweltministeriums gegeben, in der unter anderem auch der von der Stadtverwaltung gefertigte Fragenkatalog behandelt wurde. Die Frage, ob man die Reaktivierung unterstützen wolle oder nicht sei, wie eben gesagt, schwer zu beantworten. Er gebe offen zu, dass es sich die Stadtverwaltung nicht einfach gemacht habe, den heute vorgelegten Vorschlag zu unterbreiten, denn es gäbe Argumente für und Argumente gegen eine Reaktivierung der Bahnstrecke. Er wisse auch, dass bei dieser Fragestellung Emotionen im Spiel seien. Nach intensiver und umfangreicher Abwägung habe man sich verwaltungsintern entschieden, den Ratsmitgliedern den Vorschlag zu unterbreiten, eine Reaktivierung nicht zu unterstützen. Er bitte diejenigen, die eine Reaktivierung bevorzugt haben, um Verständnis für diese Entscheidung. Bei diesem Handeln seien in erster Linie die Auswirkungen auf die Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt worden. Im Abwägungsprozess hätten die nachfolgenden Aspekte zum Vorschlag geführt. Eine Reaktivierung der Bahnstrecke würde massiv eine positive Entwicklung des V&B-Geländes gefährden und somit auch die Schaffung möglicher neuer Arbeitsplätze in der Stadt. Ziel müsse es sein, diesen Bereich in der Stadt zu entwickeln und dabei angrenzende Wohnanlagen, insbesondere im „Rotensteiner Weg“, nicht zusätzlich zu belasten. Um dies zu erreichen bedürfe es eines zusätzlichen Bahnanschlusses in dem

Bereich der „Losheimer Straße“. Genau dies sei, nach Auskunft der Vertreter des Ministeriums bei einer Reaktivierung der Bahn nicht möglich. Zudem hätte die Reaktivierung direkte Auswirkungen auf die Menschen, die unmittelbar an der Bahnstrecke leben. Sollte es zu einer Reaktivierung kommen, werde es keine Unterstützung in Bezug auf Lärmschutzmaßnahmen geben. Diese Kosten müssten, nach Auskunft des Ministeriums, alleine getragen werden. Ferner hätte die Reaktivierung auch negative Auswirkungen auf die Menschen, die momentan von der Buslinie „R1“ profitieren. Insbesondere im Stadtteil Brotdorf. Die stark frequentierte Buslinie „R1“ würde bei einer Reaktivierung komplett wegfallen. Während die Bürgerinnen und Bürger heute relativ schnell fußläufig an den „R1-Bushaltestellen“ wären, würden die fußläufigen Wege aus den meisten Wohngebieten in Brotdorf zum Bahnhofpunkt „Brotdorf“ erheblich weiter. Und zwar so weit, dass viele den Bahnhofpunkt „Brotdorf“ nicht aufsuchen würden. Alternativ müsste die kommunale Ebene auf städtische Kosten eine neue Buslinie aufbauen. Aus der Sicht der Stadtverwaltung sei eine Buslinie für die Menschen aus Brotdorf ohnehin attraktiver als die Bahn, denn der Bahnhofpunkt „Merzig“ für die aus Losheim kommende Bahn liege in der „Saarbrücker Allee“ noch hinter dem jetzigen Bahnhof, während die Busse an mehreren Stellen in der Innenstadt halten würden. Weiter gehe es mit den städtischen Kosten, sollte es zu einer Reaktivierung der Bahnstrecken kommen. Zwar würde die Reaktivierung mit den erforderlichen Haltepunkten zu 100 % von Bund und Land finanziert werden, allerdings würden zahlreiche Kosten anfallen, die von der Stadt bezahlt werden müssten. Dazu zähle unter anderem der Aufbau begleitender Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel Parkplätze, Bushaltestellen und Bahnhöfe. Dazu zählen nicht die Einmalkosten, sondern auch die laufenden Unterhaltungskosten, die die Stadt letztendlich alleine bezahlen müsste. Zusätzlich dazu würden Kosten anfallen für notwendige Ankäufe von Grundstücken, denn diese seien zurzeit nicht in städtischem Eigentum. Es würden letztendlich Kosten anfallen, die heute noch nicht beziffert werden könnten. Fest stehe, dass die Kosten für die Kreisstadt Merzig sehr hoch werden würden und das in einer Zeit, in der die Kommunalaufsicht des Landes auffordere, dass sich die Kreisstadt Merzig von Infrastruktur trennen solle, um Kosten zu reduzieren. In einer solchen Zeit könne man nicht guten Gewissens empfehlen, neue Infrastruktur aufzubauen und zu finanzieren, insbesondere nicht dann, wenn völlig unklar sei, wie hoch die einmaligen und die laufenden Erhaltungskosten sein werden. Eine von der Stadtverwaltung gewünschte Überprüfung des Landes, ob ein Radweg zwischen dem Hauptbahnhof Merzig und Losheim am See, in Verbindung mit einem E-Bus-System, attraktiver, besser und kostengünstiger wäre, als die angedachte Reaktivierung der Bahn, sei nicht erfolgt. Dabei sei die Stadtverwaltung der Meinung, dass für die Stadt und der darin lebenden Bürgerinnen und Bürger ein Radweg entlang der Gleise, vor allem in der Kernstadt, eine deutlich bessere Alternative sein könnte. Hinzu käme, dass ein Zug frühestens im Jahre 2040, also in circa 15 Jahren, auf den Gleisen fahren würde. Aber auch nur dann, wenn alle Prüfungen positiv und zügig verlaufen würden. Dies sei fast nie der Fall, da es immer Verzögerungen und zusätzliche Prüfungen gäbe. Mittelfristig laufe daher nichts. Der Stadtverwaltung sei es jedoch wichtig, dass der ÖPNV in der Stadt sowie in der gesamten Region gestärkt werde. Daher wolle man nicht noch länger und weiterhin auf die Umsetzung eines möglichen ÖPNV-Projektes warten. Man wolle die zeitnahe Umsetzung eines anderen wichtigen Projektes, nämlich die Verbesserung des Radverkehrs in der Stadt. Eine zwischenzeitliche Nutzung der Gleise als Radweg bis zu einer möglichen Reaktivierung der Bahnstrecke sei vom Ministerium nicht in Aussicht gestellt worden. Auch diese Möglichkeit habe man zuvor dort angefragt. Das seien schließlich die Hauptgründe dafür gewesen, die gegenständliche Vorlage heute als Vorschlag zu unterbreiten. Nicht, weil man grundsätzlich gegen eine Bahn sei. Nicht, weil man gegen eine Verbesserung des ÖPNV in der Stadt

und der Region sei, sondern weil man Verantwortung trage. Verantwortung trage für die städtebauliche Entwicklung in der Stadt. Verantwortung trage für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Merzig. Verantwortung trage für die Lebensqualität der Mitbürgerinnen und Mitbürger. Verantwortung trage für die Finanzsituation der Stadt und Verantwortung trage für eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Stadt und in der Region, welche durch einen Radweg in Verbindung mit einem E-Bus-System aus Sicht der Stadtverwaltung zeitnah realisiert werden könne. Daher bitte er um Zustimmung zur Vorlage.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) begrüßt, dass heute, wenn die Reaktivierung der Bahnstrecke diskutiert werde, so viele Gäste gekommen seien, um sich nicht nur die Argumente der Stadtverwaltung, sondern auch die Meinungen der Parteien zu diesem Thema anzuhören, um sich danach selbst ein Urteil bilden zu können. Heute werde man im Stadtrat Merzig ein Urteil bilden müssen. Er sei froh und dankbar darüber, dass die Landesregierung diesen Prozess der Machbarkeitsstudie auf den Weg gebracht habe und dass in diesem Prozess intensiv diskutiert worden sei. Die CDU-Stadtratsfraktion sei für die Steigerung und Aufwertung des ÖPNV. Heute müsse man nach intensiven und parteibereiten Diskussionen zu einem Urteil kommen. Die Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Auch der CDU-Fraktion sei einer Bewertung anfangs nicht leichtgefallen. Alle Mitglieder hätten sich in Extraklausuren mit der Sicht der Dinge befasst. Heute müsse man sich aus der Merziger Sicht mit der Thematik befassen. Er bedanke sich bei der Verwaltungsspitze dafür, dass die Merziger Sicht hier im Vordergrund stehe und keine parteipolitischen Interessen. Zu den vorgetragenen Punkten, welche aus der öffentlichen Vorlage ersichtlich seien, möchte er als CDU-Stadtratsfraktion deutlich hervorheben, dass man das Potenzial des V&B-Geländes mit Arbeitsplätzen, Wohnungen und Kindergärten erwecken wolle. Das V&B-Gelände sei ein riesiges Gebiet. Die CDU-Stadtratsfraktion wolle keine Industriebrache, sondern die Entwicklung dieser Fläche. Die Bewertung, ob man eine Erschließung dort besser hinbekomme, sei sehr schwierig. Es habe verschiedene Besuche von Wirtschaftsminister Barke und Innenminister Jost gegeben. Es sei deutlich aufgezeigt worden, dass eine weitere Entwicklung nicht machbar sein werde. Es würden keine zusätzlichen Übergänge gebaut werden. Im weiteren Planungsprozess werden diese Möglichkeiten auch nicht einmal erschlossen werden. Eine Erschließung des V&B-Geländes über den Rotensteiner Weg wolle man den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten. Zudem würde dies auch womöglich Investoren abschrecken. Bei den Lärmschutzmaßnahmen gäbe es mitunter Vor- und Nachteile, welche Maßnahmen man dort durchführen könne und solle. Fakt sei, dass es keine Lärmschutzmaßnahmen geben werde. Auch nicht in einem weiteren Verfahren. Es würden weder Lärmschutzwände hochgezogen, noch betroffene Bürgerinnen und Bürger bei Erneuerungsmaßnahmen, beispielsweise von Fenstern, unterstützt. Sie werden dort alleine gelassen. Dies könne man nicht zulassen. Auch würde die „R1“ wegfallen. Wie der Vorsitzende bereits erwähnt habe, werde diese zurzeit durch das Land finanziert. Ferner wolle er die Stadtratsmitglieder darauf hinweisen, dass eine angespannte Haushaltslage bestehe. Man habe vor einigen Monaten einen Haushaltsbeschluss in einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt gefasst. Zudem wisse man nicht, welche Kosten konkret auf die Kreisstadt Merzig zukämen. Die CDU-Stadtratsfraktion sehe ihre haupttätige kommunale Aufgabe darin, in Schulen und Kindergärten zu investieren, wozu bereits jetzt Sonderkredite aufgenommen worden seien. Man wolle den Haushalt nicht noch zusätzlich belasten. In diesem langen Abwägungsprozess sei die CDU-Stadtratsfraktion schließlich zu der Entscheidung gekommen, die Vorlage der Stadtverwaltung zu 100 % zu unterstützen. Man stehe weiterhin dafür ein, dass ein Radweg zwischen Merzig und Brotdorf, gegebenenfalls auch nach Losheim gebaut werde. Ebenso, dass der Busausbau in verschiedenen Varianten nach vorne gebracht werde. Er bedankt sich bei allen Zuhörern und

bittet darum, sich selbst ein Bild von der Reaktivierung der Bahnstrecke zu bilden.

Fraktionsvorsitzender Oehm (SPD) betont zunächst seine Verwunderung hinsichtlich der bereits erfolgten Berichterstattung zu diesem Thema. Wenn man diese in den letzten Tagen verfolgt habe, habe man den Eindruck gewinnen können, dass die Entscheidung, nämlich, dass die Reaktivierung in Merzig nicht gewollt sei, bereits gefallen sei. Dieser Eindruck sei nicht das, wofür die SPD-Stadtratsfraktion stehe. Durch die Reaktivierung der Bahn habe man nun die Möglichkeit, ein umweltfreundliches Verkehrsmittel in der Region wieder nutzen zu können und damit die derzeit bestehende Lärm-, Abgas- und Verkehrsverschmutzung in der Stadt zu reduzieren und eine in die Zukunft gerichtete Verkehrsanbindung zu erhalten. Losheim und Umgebung könne an das Eisenbahnnetz angeschlossen werden mit Verbindungen, die nicht in Merzig enden, sondern nach Saarbrücken, Trier und darüber hinaus reichen könnten. Es gehe daher nicht um die Brotdorfer, die nach Merzig wollten, sondern es gehe um die Menschen aus dem Hochwald und die Brotdorfer, die über Merzig hinauswollen, sei es Saarbrücken, Homburg oder Trier. Wenn man weiter in die Zukunft blicke, müsse man auch an Luxemburg denken, da viele in Luxemburg arbeiten würden, könnten diese über den Knotenpunkt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Luxemburg reisen. Man habe hier die einmalige Jahrhundertchance, dieses Projekt für die Kreisstadt Merzig und den Landkreis finanziert zu bekommen, wenn man sich heute mit einem „Ja“ zur Reaktivierung und zur Finanzierung bewerben würde. Denn mehr sei dieses „Ja“ nicht. Man bewerbe sich für die Prüfung des Projektes durch den Ministerrat. Dieser entscheide, ob das Projekt unterstützt werde oder nicht. Die Machbarkeitsstudie, die sehr gut in der Kosten-Nutzen-Analyse ausgefallen sei, sei die Grundlage hierfür. Man entscheide heute nicht darüber, ob eine Bahn fahre oder nicht, da man dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht könne. All diese Möglichkeiten und Chancen wären vertan, wenn man heute der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimme, deren Ablehnung sowie die Presseberichte voller Konjunktive, voller Befürchtungen und voller Glaubenssätze seien. Diese Bedenken könne die SPD-Stadtratsfraktion durchaus verstehen. Auch die finanzielle Haushaltslage und den finanziellen Druck erkenne man an. Jedoch müsse man in die Zukunft planen können. Die SPD-Stadtratsfraktion sehe die Möglichkeit und die Chance für den Landkreis und die Kreisstadt Merzig. Deshalb wolle man diese Möglichkeit durch fundierte Gutachten abklären lassen. Diese Gutachten erhalte man nur, wenn das Projekt weiterverfolgt werde. Auf Grundlage dieser Gutachten könne man auch die Kosten einschätzen und die Lärmbelästigung messen lassen. Ohne diese Messung bekäme man auch keine Fakten. Die SPD-Stadtratsfraktion unterstütze den Einstieg in die Planung zur Reaktivierung der Bahnstrecke, denn aus ihrer Sicht sei die Verträglichkeit mit der verkehrlichen Anbindung von bestehenden und in Planung befindlichen Gewerbeflächen des V&B-Geländes sowie die Frage des Lärmschutzes von größter Bedeutung. Da man diese Fragestellungen ernst nehme und prüfen wolle, wolle man in den Planungen die fachlichen Möglichkeiten untersuchen lassen und anschließend auf dieser Expertise faktenbasiert entscheiden. Dies solle durch die Verwaltung so weitergegeben werden.

Merzig sei die Stadt mit mehr Möglichkeiten. Aus Sicht der SPD-Stadtratsfraktion solle dies auch so bleiben. Man wolle alle Möglichkeiten nutzen, die sich bieten. Die Bahn biete eine solche Möglichkeit für die Industrie, für die Bevölkerung und für den Tourismus. Deshalb lehne die SPD-Stadtratsfraktion die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung ab und sei für den Einstieg in das Projekt, unter den genannten noch verbindlich zu klärenden Sachverhalten Lärmschutz und V&B-Gelände.

Der Vorsitzende führt hinsichtlich der von Fraktionssprecher Oehm angesprochenen Pressemitteilung aus, dass er darauf bereits im Hauptausschuss eingegangen sei. Die Veröffentlichung des SR sei nicht seitens der Stadtverwaltung veranlasst worden. Die Presse habe, wie auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger, die Möglichkeit, die öffentlichen Vorlagen zur Stadtratssitzung einzusehen. Ein Redakteur des SR habe diese Vorlage genutzt, um eine eigene Pressemeldung daraus zu erstellen, ohne mit der Stadtverwaltung Rücksprache zu halten. Es habe eine Anfrage von der SZ gegeben. Dort habe man auch eine Pressemitteilung hingeschickt. Aber die von Fraktionssprecher Oehm angesprochene SR-Anfrage sei von der Stadtverwaltung in keinsten Weise initiiert worden. Die Pressemitteilung sei vom SR in alleiniger Regie veröffentlicht worden.

Zu den angesprochenen Fakten könne Bürgermeister Bies weitere Aussagen treffen.

Bürgermeister Bies führt aus, dass er auf zwei Punkte eingehen wolle, welche für die Stadtverwaltung bei der Entscheidung besonders wichtig gewesen seien. Dies seien Punkte, hinter denen kein "Komma", sondern ein „Punkt“ vom Ministerium gesetzt worden sei. Er zitiert in Bezug auf einen zusätzlichen Bahnübergang und eine Verschiebung bereits bestehender Bahnübergänge im Bereich des V&B-Geländes aus dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima, Mobilität und Verbraucherschutz Saarbrücken. Daraus folge, dass man weder einen neuen Bahnübergang bekommen noch die Verschiebung des oberen Bahnübergangs realisieren könne. Auch zum Thema „Lärmschutz“ zitiert Bürgermeister Bies aus dem oben genannten Schreiben. Abschließend sei das Thema „Lärmschutz“, wie in der Vorlage dargestellt, mit einem „Punkt“ versehen und leider nicht mit einem „Komma“. Die Anwohner hätten somit keinen Anspruch auf Unterstützung.

Ratsmitglied Mastel (AfD) betont, dass die Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Losheim am See und Merzig intensiv geprüft worden sei. Für diese intensive Prüfung bedanke er sich bei der Stadtverwaltung. Nach Abwägung aller Fakten könne man der Vorlage nur zustimmen. Die Reaktivierung der Bahnstrecke sei kostentechnisch nicht realisierbar. Man habe sehr große Defizite im städtischen Haushalt, dadurch sei es nicht möglich, diese Kosten auf Dauer zu tragen.

Fraktionsvorsitzender Klees (Bündnis 90/Die Grünen) trägt vor, dass die Ablehnung der Reaktivierung deutlich zu früh käme. Nichts der gesagten Punkte sei in Stein gemeißelt. In Bezug auf das V&B-Geländes führt er aus, dass womöglich Großinvestoren es gut fänden, wenn dort eine Bahn fahren würde. Diese seien dann bereit, Gelder zur Verfügung zu stellen und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Er könne es sich nicht vorstellen, dass das Land sich dagegenstellen und keine Unterstützungen zur Verfügung zu stellen würde, um dies zu realisieren. Um auf das Thema „Stau“ zurückzukommen betont er, dass es zu viele Autos auf der Straße gäbe. Deshalb bräuchte man Alternativen zum Auto. Man habe hier eine einmalige Gelegenheit. Zudem habe man nun eine neue Bundesregierung, die für Infrastruktur- und Klimaschutzprojekte Geld zur Verfügung stellen möchte. Man wisse noch lange nicht, wie die Kosten aussehen werden. Nun habe man die Gelegenheit, Teil eines großartigen Infrastrukturprojektes für das ganze Land zu sein und nun würde man bereits jetzt „Nein“ sagen, zu Punkten, die man noch nicht einschätzen könne. Dies sei eine absolut vertane Chance und er rate vehement davon ab, schon vor Klärung der Punkte „Nein“ zu sagen. Wenn man bereits

jetzt „Nein“ sagen würde, würde dies immer wieder zum Vorwurf gemacht werden, wenn es um besseren ÖPNV und Gelder gehe. Er rate davon ab, die Reaktivierung zum jetzigen Zeitpunkt abzulehnen. Man sei noch nicht einmal wirklich in der Planung und man wisse noch nicht genau, was auf einen zukomme. Man habe zudem auch noch keine Ahnung, welche Kosten genau auf die Kreisstadt Merzig zukämen. Er kritisiere die Ausführungen des Landes, weil er es für ungeschickt halte, in der jetzigen Sachlage eine Stellungnahme zu fordern, in der eine Stellungnahme eigentlich noch nicht möglich sei. Man sei noch nicht soweit sagen zu können, dass man dieses Projekt nicht wolle. Es seien viel zu viele Ungewissheiten vorhanden und es stehe viel auf dem Spiel. Diese Gelegenheit werde zu den jetzigen Lebzeiten nie wiederkommen. Er bitte darum, an diesem Projekt festzuhalten und der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen.

Fraktionsvorsitzender Morbe (FWM/FDP) führt aus, dass man zum Thema „Bahn“ in der Fraktion hin- und hergerissen sei. Zu einem sehe man die Chance, die eine Bahn der Kreisstadt Merzig bieten könne. Auf der anderen Seite gäbe es viel „Wenn und Aber“, was eine Entscheidung erschwere. Für die Fraktion sei bereits die Umsetzungsdauer von 14 Jahren ein sehr langer Zeitraum. Niemand wisse, was sich auf dem V&B-Gelände ansiedeln werde. Das Problem sei, jetzt entscheiden zu müssen, ohne dass alle Fragen beantwortet seien. Für die Fraktion sei das Wagnis zu groß, 14 Jahre in eine Planung zu stecken und am Ende womöglich mit leeren Händen dazustehen. Deshalb werde man mit dem jetzigen Erkenntnisstand die Reaktivierung der Bahn ablehnen. Monieren möchte er, dass keine Ortsbegehung mit den Mitgliedern des Stadtrates auf dem V&B-Gelände stattgefunden habe. Bei einer Begehung hätte man sich selbst ein Bild von der Lage machen und besser entscheiden können.

Der Vorsitzende greift die monierte Ortsbegehung des V&B-Geländes auf und erklärt, dass eine Begehung noch stattfinden werde. Er glaube jedoch, dass eine Begehung relativ wenig mit der vorgelegten Fragestellung zu tun habe, da die Fragen, die bezüglich des V&B-Geländes an das Ministerium gestellt worden seien, klar beantwortet wurden. Unabhängig davon werde man eine Begehung durchführen.

Fraktionsvorsitzender Oehm (SPD) merkt zu den Ausführungen von Bürgermeister Bies an, dass diese in diesem Projekt zu kurz greifen würden. Wie die Verschiebungen der Bahnübergänge in die Planung eingebracht werden können, sei nicht klar. Deshalb solle ein Gutachten klären, ob es Möglichkeiten gebe oder nicht. Was den Lärmschutz betreffe, so mögen die Ausführungen richtig seien, jedoch gäbe es auch diesbezüglich noch kein Gutachten. Man wolle zunächst wissen, wie hoch die Lärmbelastung wirklich sei, da auf der Strecke ein E-Zug fahren solle. Er wolle Fakten, auf denen er entscheiden könne.

Der Vorsitzende betont, dass er die Argumente des Fraktionsvorsitzenden Oehm verstehe, jedoch wolle er auf die Ausgangslage hinweisen. Die Ausgangslage sei so, dass das Land die Kreisstadt Merzig angeschrieben habe mit der Fragestellung, ob und in welcher Weise der Stadtrat das Reaktivierungsprojekt aktiv unterstützen werde. Dies sei eine klare Aussage und man werde heute dazu gezwungen mitzuteilen, ob man dies tue. Die abgegebene Aussage sei nicht unverbindlich, sondern verbindlich. Auch dies sei in den Gesprächen mit dem Ministerium mitgeteilt worden. Bürgermeister Bies habe genau das mitgeteilt, was das Ministerium seinerseits schriftlich mitgeteilt habe. Übrigens seien

die Aussagen des Ministeriums nicht nur schriftlich, sondern auch mündlich in der Veranstaltung im Rathaus mitgeteilt worden, als man diese Fragen habe stellen können. Dort sei explizit nach der Anbindung des V&B-Geländes gefragt worden. Von Seiten des Ministeriums sei mündlich sowie schriftlich mitgeteilt worden, dass es keinen weiteren Bahnübergang geben werde. Auch hinsichtlich des Lärmschutzes habe es mehrfach Nachfragen gegeben. Auch hierüber sei mündlich wie auch schriftlich mitgeteilt worden, dass keine Lärmschutzmaßnahmen unterstützt werden. Auch diesbezüglich gäbe es kein „Komma“, sondern einen „Punkt“.

Fraktionsvorsitzender Klees (Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass das Land eine Stellungnahme zu einem Punkt haben wolle, zu dem man keine Stellungnahme abgeben könne. Man könne auch eine Stellungnahme abgeben mit dem Inhalt, dass man keine Stellungnahme abgeben könne. Damit würde man den Ball wieder in Richtung des Landes schieben.

Der Vorsitzende führt daraufhin aus, dass in diese Richtung der erste Beschlussvorschlag gegangen sei. Darüber sei auch im Stadtrat gesprochen worden. Letztlich sei dieser Vorschlag nicht mehrheitsfähig gewesen.

Beschluss:

Die Kreisstadt Merzig begrüßt ausdrücklich das Ziel, den ÖPNV im Landkreis Merzig-Wadern und in der Kreisstadt Merzig zu stärken und die Mobilität insbesondere in den ländlichen Räumen zu verbessern.

In Abwägung aller vorliegenden Aspekte und aufgrund der überwiegend zu erwartenden negativen Auswirkungen in der Kreisstadt Merzig lehnt die Kreisstadt Merzig allerdings eine Reaktivierung der Bahntrasse Merzig – Losheim am See ab und wird das Projekt nicht aktiv unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	14	1

3 **Bestellung der Mitglieder und deren Stellvertreter o. Stellvertreterinnen für den Integrationsbeirat** 2025/0426
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende benennt die im Hauptausschuss von Seiten der CDU- sowie der SPD-Fraktion benannten Mitglieder für den Integrationsbeirat.

Beschluss:

Der Integrationsbeirat wird mit den Mitgliedern Markus Pitzius und Thorsten Stöckel (Vertreter: Jürgen Auweiler und Kerstin Guckeisen) sowie Claudia Weiten (Vertreter: Matthias Kautenburger) besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

4 Evaluierung Hebesatz Grundsteuer B**2025/0429**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Zum Ende des letzten Jahres sei der Hebesatz auf 440 % festgesetzt worden. Hintergrund sei die Hochrechnung gewesen, dass sich der voraussichtliche Wert, um die zugesagte Aufkommensneutralität zu erreichen, bei 436 % befinde. Es sei bereits damals mitgeteilt worden, dass es sich dabei lediglich um eine Hochrechnung gehandelt habe und man daher Mitte 2025 die Werte mit den aktuellen Zahlen nochmals neu berechnen werde. Dies habe man getan und käme zu einem aktuellen Wert von 436 %. Dieser läge somit sehr nah an dem im Dezember 2024 hochgerechnetem Wert. Es werde daher vorgeschlagen, den Wert bei 440 % zu belassen und Ende 2025 den Wert nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls neu festlegen. Der Hauptausschuss habe empfohlen, diesem Vorschlag zuzustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine erneute Evaluierung des Hebesatzes für die Grundsteuer B zum Jahresende 2025 durchzuführen und gegebenenfalls dann über eine Anpassung des Hebesatzes zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile**5 Entscheidung über die zum Stichtag 31.03.2025 gemeldeten Projekte****2025/0434**
geändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage. Alle von den Ortsräten vorgeschlagenen Projekte sollen entsprechend bezuschusst werden. Mit Ausnahme der Projekte Nr. 1 in Silwingen und Nr. 1 in Harlingen. Diese Projekte sollen über andere Programme gefördert werden, nicht aber über das Stadtteilbudget.

Stadtratsmitglied Kremer (CDU) führt an, dass die CDU-Stadtratsfraktion dem Beschlussvorlag der Stadtverwaltung zustimmen werde. Das 2021 auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion installierte Programm sei ein voller Erfolg. Ein Blick auf die Zahlen, welche aus der Vorlage ersichtlich seien, spräche für sich. Über 50 beantragte Projekte bei einem Volumen von fast 200.000,00 Euro könnten sich sehen lassen. Die Ziele, die dieses Projekt habe, würden immer wieder erfüllt werden. Es werde der Zusammenhalt in den einzelnen Stadtteilen als auch in der gesamten Kreisstadt gestärkt. Zum einen durch gezielte Dorfverschönerungsmaßnahmen, durch den Erhalt und Stärkung der Lebensqualität als auch durch den Erhalt der historischen und kulturellen Eigenheiten der einzelnen Stadtteile. Die linke Saarseite sei zum Beispiel kulturell anderes verwurzelt als die rechte Saarseite. Man müsse zudem beachten, dass dieses Programm „Stärkung der Stadtteile“ nicht mit anderen Programmen kollidiere. Wichtig sei es, dass die Prämisse eingehalten werde. Das Programm müsse für alle offen sein. Sämtliche Projekte, die der Hauptausschuss vorgeschlagen habe, erfüllten diese Voraussetzungen vollumfänglich. Deshalb könne man sagen, dass die Projekte in Silwingen und Harlingen anderweitig gefördert werden können. Zudem wolle er noch kurz auf das Projekt in Brotdorf eingehen. Dort werde ein Bolzplatz auf städtischem Gelände, neben dem großen Sportplatz entstehen. Die Kosten würden sich auf fast 40.000 Euro belaufen. Dieser werde jedoch, im Gegensatz zu dem großen Sportplatz, zu jeder Tag- und Nachtzeit, für Groß und Klein zugänglich sein, so dass alle Kinder im Stadtteil Brotdorf ihrem Hobby und ihrer Passion nachgehen könnten. Er bedankt sich bei allen Fraktionen des Hauptausschusses dafür, dass diese diesem Projekt zugestimmt haben. Er bedankt sich auch bei der Stadtverwaltung, dass diese trotz der angespannten Haushaltssituation an diesem Programm festhalte. Dies sei nicht selbstverständlich. 50.000 Euro pro Jahr sei kein Pappenstiel. Er bittet darum, die Vorlage der Stadtverwaltung zu unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Klees (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Worten seines Vordredners an. Er unterstütze ebenfalls die vorliegende Beschlussvorlage.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Projekte Nr. 1 in Harlingen und Nr. 1 in Silwingen als Fördermaßnahme umzusetzen. Die übrigen Projekte, einschließlich des Projektes in Brotdorf, werden im Rahmen des Programms „Stadtteilbudget zur Stärkung der Stadtteile“ umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

6 **GS Kreuzbergschule - Ausbau der Freiwilligen Ganztagschule (FGTS); Aufnahme der Turnhalle in den Planungsumfang** 2025/0437
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert, dass man neben den bereits beschlossenen Maßnahmen an der Kreuzbergschule eine neue Turnhalle bauen wolle. Wichtig dabei sei, dass zuerst die neue Halle gebaut werden solle. Erst danach solle die jetzige Turnhalle abgerissen werden. So könne trotz des Neubaus der Schul- und Vereinssport stattfinden. Nach der Inbetriebnahme der neuen Turnhalle werde die alte Turnhalle abgerissen. Der durch den Abriss der alten Turnhalle entstehende Raum solle mit Räumen, unter anderem für die Nachmittagsbetreuung, gefüllt werden.

Stadtratsmitglied Guckeisen (CDU) betont die Bedeutung dieser Maßnahmen. Sie kenne die bestehende Turnhalle der Kreuzbergschule und wisse, dass diese in die Jahre gekommen sei. Sie ist der Ansicht, dass sich mittelfristig ein erheblicher Renovierungsbedarf ergeben werde. Bei einer durchzuführenden Renovierung sei die Nutzung der Turnhalle für diese Zeit nicht möglich. Entsprechenden Ersatz in der näheren Umgebung zu finden, sei schwierig. Da der Schulsport und die Bewegungsangebote der Nachmittagsbetreuung essenziell wichtig für die Schulkinder seien, sei es absolut vorausschauend und richtig, nicht auf den Moment zu warten, an dem die Turnhalle nicht mehr nutzbar sei. Dem nun in Verbindung mit einem sowie so notwendigen Bauprogramm vorzugreifen und damit auch langfristig die Nutzung einer Sportfläche für die Schule zu sichern, halte die CDU-Stadtratsfraktion für vernünftig und begrüße das Vorhaben des Neubaus der Turnhalle.

Beschluss:

Die Turnhalle wird beim Ausbau der freiwilligen Ganztagschule (FGTS) an der Kreuzbergschule in den Planungsumfang aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

7 **Bestellung eines Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2024 des Betriebes für örtliche Abfallentsorgung** 2025/0411
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die W+ST Publica Revisionsgesellschaft mbH, Saarbrücken, wird mit der Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
41	0	0

8 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Stadtratsmitglied Ripplinger (CDU) stellt zwei Anfragen. Zum einen hinsichtlich des aktuellen Sachstands der Psychiatrie und der Baumaßnahme „Dorfmitte Besseringen“. Was die Baumaßnahme „Dorfmitte Besseringen“ betreffe, so sei in der Bezirksstraße von Hausnummer 105 bis hin zur Hausnummer 115 der Bürgersteig asphaltiert worden. Er frage nach, ob es sich dabei um eine Dauermaßnahme handele oder dieser Zustand nur vorübergehend sei. In Höhe des Bürgerhauses sei bereits mitgeteilt worden, dass dort kein Fußgängerüberweg hergestellt werden könne. Dieser Bereich solle mit Verbundsteinen farblich hervorgehoben werden. Er habe bemerkt, dass diese Maßnahmen noch nicht umgesetzt worden seien, daher werde nach dem Sachstand in dieser Sache nachgefragt.

Bürgermeister Bies erklärt, dass er in Bezug auf den Überweg im Bereich des Bürgerhauses nochmals Rücksprache mit Sachbearbeiter Leuck halten werde. Nach Rücksprache werde er ihn über diesen Sachverhalt informieren.

Was den Gehweg in der Bezirksstraße betreffe, habe es in der Vergangenheit mehrere Beschwerden von Anwohnern gegeben, da es dort zu Setzungen im Gehweg gekommen sei. Dies habe vor allem im Winter zu Wasserpfützen geführt. Deshalb habe man beschlossen, keinen Komplettausbau zu machen. Man habe sich für ein Provisorium entschieden. Dieses werde im geplanten dritten Bauabschnitt, vom Bereich Bürgerplatz bis hin zur Sparkasse, integriert. Sollte es nicht zum dritten Bauabschnitt kommen, werde der Asphalt im nächsten Jahr durch einen Unterbau mit Pflastersteinen ersetzt. Er halte dies für eine gute Lösung, auch wenn der Bereich momentan nicht so toll aussehen würde. Ansonsten hätte man jedoch Mittel ausgegeben, die nachher wieder zurück gebaut werden müssten.

Stadtratsmitglied Ripplinger (CDU) bedankt sich bei Bürgermeister Bies für die Auskunft.

Der Vorsitzende spricht sodann zu der Anfrage von Stadtratsmitglied Ripplinger hinsichtlich des aktuellen Sachstands der Psychiatrie. Er bedankt sich bei allen Mitgliedern des Stadtrates, dass seinerzeit die Resolution gemeinsam und einstimmig beschlossen wurde. Die Hinweise seien daraufhin weiter ans Ministerium und an die SHG in Saarbrücken gegeben worden. Letztendlich sei daraufhin noch nichts passiert. Er finde es gut, dass der Stadtrat weiterhin zusammenstehe und das, was zugesagt worden sei, einfordere. Am Montag habe eine Sitzung der Psychiatriekommission im Landratsamt stattgefunden. Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Elisabeth Klauk, habe hierzu eingeladen. Auch er sei bei der Veranstaltung zugegen gewesen. Dort sei auch dieses Thema auf die Agenda gerufen worden. Alle seien der

Ansicht, dass diese Plätze dringend benötigt werden. Er sei enttäuscht darüber, dass die erfolgten Zusagen nicht weitergebracht wurden. Dieser Enttäuschung schließe sich auch die Psychiatriekommission an. Man sei so auseinandergeschieden, dass eine Forderung von Landkreisebene kommen werde. Die Psychiatriekommission, die Träger sowie die Kommunen werden sich dieser anschließen. Man wolle den ganz klaren Willen zum Ausdruck bringen, dass Plätze dringend gewünscht werden.

Fraktionsvorsitzender Morbe (FWM/FDP) fragt nach dem Sachstand hinsichtlich des Kleinkinderspielplatzes im Merziger Stadtpark nach.

Der Vorsitzende teilt mit, dass bereits vorgestern mit den Arbeiten begonnen worden sei. Es habe erhebliche Verzögerungen mit der beauftragten Firma gegeben.

Fachbereichsleiter Gasper führt aus, dass es im Nachhinein mit der beauftragten Firma hinsichtlich der ein oder anderen Position des Auftrags Bedenken gegeben habe. Diese habe man mit Hilfe eines Rechtsanwalts in direkten Gesprächen mit dem Firmeninhaber ausräumen können. Zudem habe die Firma Lieferschwierigkeiten bezüglich der Spielgeräte gehabt, so dass mit den Arbeiten nicht früher begonnen werden konnte.

Der Vorsitzende führt ergänzend dazu aus, dass die Einweihung des Kinderspielplatzes noch in diesem Jahr erfolgen solle.

Stadtratsmitglied Willems (AfD) erkundigt sich nach der Möglichkeit der Errichtung eines Bauzaunes im Bereich der Bahngleise hin zum Kinderspielplatz im Stadtpark. Die Hecke, die den Kindern die Sicht auf die Gleise in der Vergangenheit versperrte, sei entfernt worden. Sie habe daher mehrere Anfragen von Eltern erhalten, die sich um die Sicherheit der spielenden Kinder sorgten.

Der Vorsitzende führt dazu aus, dass er sehr froh über diesen Hinweis sei, auch da Vertreter der Presse heute anwesend seien. Hintergrund sei, dass das gerodete Gelände der Bahn gehöre. Die Bahn habe die Kreisstadt Merzig über diese Rodung nicht informiert. Der Stadtverwaltung sei auch aufgefallen, dass dieser Bereich nun gefährlich ist. Daraufhin habe man die Bahn angeschrieben und um die Aufstellung eines Zaunes gebeten. Dies habe die Bahn abgelehnt. Die Schwierigkeit habe zunächst darin bestanden, einen Ansprechpartner bei der Bahn ausfindig zu machen. Nach langem Schriftwechsel habe man dann die zuständige Stelle erreichen können. Die Bahn habe daraufhin zunächst eine Bearbeitungsgebühr von 1.800 Euro verlangt. Diese 1.800 Euro seien von der Stadtverwaltung gezahlt worden. Man habe danach die Rückmeldung erhalten, dass die Bahn selbst keinen Zaun aufstellen werde, der Kreisstadt Merzig aber das Aufstellen eines Zaunes durch Zahlung einer entsprechenden Gebühr gestatte. Mit diesem Vorgehen sei die Stadtverwaltung nicht einverstanden gewesen. Man sei bereit, einen Zaun auf städtische Kosten auf dem Bahngelände zu errichten, jedoch nicht mit weiteren Zahlungen an die Bahn. Bei dem von der Bahn weiter geforderten Betrag habe es sich um 4.000 Euro gehandelt. Da man die Situation jedoch nicht so belassen wollte, habe man den Bahnvorstand mit dem Hinweis angeschrieben, dass man sich gegebenenfalls an die Presse wenden werde. Auf diese Drohung sei seitens der Bahn reagiert worden. Die Bahn erlaube nun eine Errichtung des Zaunes. Von den 4.000 Euro sehe die Bahn ab, da bereits die Bearbeitungsgebühr in Höhe von 1.800 Euro gezahlt worden sei. Notwendig für die Errichtung des Zaunes sei jedoch ein entsprechender Vertrag mit der Bahn. Hinsichtlich dessen befinde man sich noch in Gesprächen. Sollte diese Vereinbarung vorliegen

werde mit der Errichtung des Zaunes auf städtische Kosten begonnen. Die Kosten des Zaunes beliefen sich auf 20.000 Euro.

Fraktionsvorsitzender Klees (Bündnis 90/ Die Grünen) fragt nach, ob man von der Bahn nicht die Errichtung eines Zaunes verlangen könne.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine Errichtung seitens der Bahn rechtlich nicht verlangt werden könne.

Vorsitz:

Schriftführung:

Marcus Hoffeld, Oberbürgermeister

Nicolas Calmes
Anna Bohlen

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden die Mitglieder Yvonne Schrader-Wolf (CDU) und Anita Tilk (AfD) bestimmt.